

Das Demokratie-Projekt

Letzter Teil

Auswertung der Fragebogenergebnisse: „Was heißt eigentlich Demokratie?“

Die Feierlichkeiten zum 100-jährigen Jubiläum der Universität Hamburg sind ihrem Ende zugegangen, die Arbeit, das Nachdenken und Forschen gehen weiter.

So auch die Überlegungen zum Thema Demokratie, angeregt durch das Jubiläum, denn die Gründung der Universität war selbst das Ergebnis einer demokratischen Entscheidung.

Eine demokratische Entscheidung, die einen solchen Bestand hat, ist in unserer Welt keine Selbstverständlichkeit; im Gegenteil – dies und die Tatsache, dass heute zunehmend von einer Krise der Demokratie gesprochen wird, waren der Anlass zu unserem Projekt – dem „Demokratie-Projekt“. Drei Semester haben wir generations- und einrichtungsübergreifend gearbeitet. Den Schluss-Strich ziehen unsere Ergebnisse zur Umfrage: „Was heißt eigentlich Demokratie?“

Um anlässlich des Jubiläums einen Eindruck davon zu erhalten, wie die Mitglieder der Universität über die Lage unserer Demokratie denken, haben wir einen Fragebogen mit 16 Fragen verteilt (siehe Anhang), knapp 300 Antworten, für die wir uns sehr herzlich bedanken, haben uns erreicht. Befragt wurden Regel- und Kontaktstudierende, sowie Mitarbeitende und eine Berufsschulgruppe. Die Antworten sind zum einen in ein Theaterstück eingeflossen, ein Satyrspiel, das mit viel Erfolg aufgeführt worden ist und zum anderen werden sie hier inhaltlich systematisch ausgewertet und zusammengefasst.

Das Theaterstück und diese Auswertung ergänzen sich insofern als sich beide auf jeweils andere Fragen desselben Fragebogens stützen.

Unsere Auswertung unternimmt einen Dreierschritt: Wir gehen aus von den Antworten auf unsere Grundfrage, ob überhaupt eine Krise der Demokratie gesehen wird und wenn ja, mit welchen Anzeichen diese einhergeht. Der Beschreibung der Anzeichen für eine Krise stellen wir gegenüber, was als Sinn und Zweck, kurz als das Ziel einer Demokratie gesehen wird.

Wenn der beschriebene Ist-Zustand von der Idee abweicht, kurz, wenn die Praxis der Demokratie nicht deckungsgleich mit ihrer Theorie ist, bildet das Maß der Abweichung die Größe des bestehenden Problems, also der Krise, ab.

Und wenn es trotz der beschriebenen Probleme eine politische Vision gibt, dann bildet die Frage nach einem möglichen Weg von hier nach dort den notwendigen Schluss der Untersuchung.

Es geht hier also um die Antworten zu sechs Fragen:

1. Krise - ja oder nein?
2. Welche Zeichen einer Krise werden beobachtet?
3. Worin liegt im Unterschied dazu das Ziel einer Demokratie?
4. Was kennzeichnet eine demokratische Entscheidung?
5. Was müsste sich ändern, was können wir selbst tun?
6. Gibt es eine politische Vision?

1. Krise – ja oder nein?

Die Frage, ob Anzeichen für eine Krise der Demokratie gesehen werden, hat die überwiegende Mehrheit mit ja beantwortet.

Zwei Drittel aller Stimmen geben ein deutliches Ja. Ein Drittel teilt sich in Nein und teils/teils. Dabei gibt es einen bemerkenswerten Unterschied zwischen den Geschlechtern: Männer haben sich in allen befragten Gruppen mit wenigen Ausnahmen für ein deutliches Ja oder Nein entschieden, bei den Frauen gibt es jeweils ca. ein Drittel von Antworten, die sich für ein teils/teils entschieden haben.

Einige weitere interessante Phänomene zeigen sich im Vergleich der Fragebögen miteinander:

- Auch diejenigen, welche die Eingangsfrage, ob sie eine Gefährdung der Demokratie in unserem Lande ausmachen können, mit nein beantwortet haben, haben die Fragen nach dem Funktionieren der demokratischen Gremien der Regierung mit sehr kritischen Hinweisen auf bestehende Probleme beantwortet.
- Diejenigen, die angegeben haben, dass sie sich sozial und/oder politisch engagieren, konstatieren zwar ebenfalls gravierende Bedrohungen für die Demokratie, sind in der Frage nach ihren politischen Visionen aber wesentlich optimistischer als diejenigen, die kaum eine oder gar keine Möglichkeit sehen, irgendwie mitzuwirken an einer Veränderung der inkriminierten Situationen.
- Mehr als zwei Drittel aller Befragten sehen in der so genannten Politikverdrossenheit der Bürgerinnen und Bürger eine der größten Gefahren für die Demokratie.

2. Welche Zeichen einer Krise werden beobachtet?

Mit wenigen Ausnahmen stimmen alle Antworten darin überein, dass wir heute vor großen Problemen stehen, Probleme, die nicht dem Willen der Menschen entsprechen, weil sie – stark verallgemeinert – offensichtlich das Überleben von Mensch und Natur (wenn man das überhaupt trennen kann) gefährden.

Etwa zwei Drittel der Antwortenden sehen die von ihnen beobachtete Krise der Demokratie darin begründet, dass die Probleme - wie Klimawandel, steigende Schere zwischen arm und reich, Bildungsnotstand, mangelnde Infrastruktur nicht nur auf dem Land, Migration, - in demokratischen Gesellschaften bisher nicht in den Griff zu bekommen waren.

Es ist ein schwerwiegender Befund, wenn eine Gesellschaft, die sich demokratisch nennt, als nicht in der Lage dazu gesehen wird, die Probleme, die sie bedrohen, zu lösen.

Wer entscheidet denn in der Gesellschaft? Sind es wirklich noch die Bürgerinnen und Bürger?

Die Definition von Demokratie ist ja gerade, und darin stimmen alle, die diese Frage beantwortet haben, überein, dass die Entscheidungsbefugnis über das, was im Staate getan oder unterlassen werden soll, bei den Bürgerinnen und Bürgern des Staates liegen soll.

Der Schluss liegt nahe, dass unsere Demokratie nicht dem Gemeinwohl dient und auch nicht wirklich von denen, die noch zur Wahl gehen, kontrolliert wird. Diesen Schluss ziehen etwas mehr als die Hälfte aller Antwortenden; besonders diejenigen, welche die Frage nach der Krise mit ja beantworten.

Die anderen sehen diesen Zusammenhang eher nicht, beobachten aber auch eine Zunahme von populistischer Agitation, beschreiben eine Abschottung von zum Beispiel Roma oder Türken in unseren Städten als Problem oder sehen die junge Generation als zu sehr mit sich selbst beschäftigt an als dass sie sich genügend für das Wohl aller einsetzen könnte.

Der Befund ist deutlich: Alle Antworten, sowohl diejenigen, die eine Krise sehen als auch die anderen, beschreiben die aktuelle Situation als problematisch.

Diejenigen, die zwar Probleme aber noch keine Krise sehen, machen für die Probleme eine missliche Berichterstattung der modernen Medien, fake news, nachlässigen Umgang mit Informationen, Unterwanderung von rechtsstaatlichen Strukturen durch rechte Kräfte, eine ungenügende Einwanderungspolitik oder Machtverliebtheit der Politiker verantwortlich. Die Krisenfraktion sieht eher grundsätzlich die Auslagerung von Entscheidungen aus den Parlamenten als Ursache für die vielen ungelösten Probleme.

Wie nun sieht auf beiden Seiten die Vorstellung davon aus, was eine funktionierende Demokratie auszeichnet?

Was eigentlich ist eine Demokratie, worin liegt das Ziel einer demokratischen Verfassung?

Die Leitfrage unseres Fragebogens zielt darauf ab durch die Antwort auf diese Frage die Idee der Demokratie mit dem Befund der heutigen Situation zu konfrontieren.

3. Worin liegt das Ziel einer Demokratie?

Allgemein politikwissenschaftlich formuliert ist **der Kern der Demokratie gekennzeichnet durch die Art und Weise der Entscheidungsfindung in einem Gemeinwesen.**

Die einfachste Definition von Demokratie, die ich kenne, hat der Philosoph und Wissenschaftstheoretiker Karl Popper geliefert: demokratisch ist eine Verfassung, die es ermöglicht, sich ohne Blutvergießen von der Regierung zu befreien. (Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, Erstveröffentlichung 1945, danach bis heute Neuauflagen)

Ralf Dahrendorf definiert denselben Sachverhalt ausführlicher: „Die Demokratie ist ein Ensemble von Institutionen, die darauf abzielen, der Ausübung politischer Macht Legitimation zu verleihen, indem sie auf drei Kernfragen eine schlüssige Antwort liefern.

1. Wie können wir in unseren Gesellschaften Veränderung ohne Gewalt herbeiführen? (...)
2. Wie können wir mit Hilfe eines Systems von 'checks and balances' die Machtausübenden kontrollieren und sicherstellen, dass sie ihre Macht nicht missbrauchen? (...)
3. Wie kann das Volk, wie können alle Bürger an der Ausübung der Macht mitwirken? Die Demokratie ist die Stimme des Volkes, das Institutionen schafft, welche die Regierung kontrollieren und ihre gewaltfreie Ablösung ermöglichen. In diesem Sinne ist der 'demos' der Souverän, der den demokratischen Institutionen Legitimation verleiht.“ (Ralf Dahrendorf, Die Krisen der Demokratie, München 2002, S 9)

Diese drei Punkte sind in keiner der Demokratien unserer modernen Welt verwirklicht, so Dahrendorf und so sehen es auch zwei Drittel der Antwortenden; wo sind Gründe für dieses Missverhältnis von Theorie und Praxis der Demokratie zu suchen?

Möchte man nicht in zu kurz greifenden Schuldzuweisungen gegenüber einzelnen Gruppen der Gesellschaft hängen bleiben, bleibt nur ein Blick aufs Ganze.

Neben der staatlichen Organisation gibt es in unseren Ländern eine weitere Organisation, die eigentlich den rechtsstaatlichen Institutionen untergeordnet sein sollte: die Organisation des Wirtschaftens.

Die Art und Weise, wie in unseren Gesellschaften das Überleben und der Reichtum erwirtschaftet werden, hat sich den demokratischen Regeln mehr und mehr entzogen, wenn sie sich ihnen je untergeordnet haben sollte.

Im so genannten kapitalistischen Wirtschaftssystem hat das Volk die Kontrollmacht über die Entscheidungen und über die gesellschaftliche Verteilung des Erwirtschafteten nicht in der Hand.

Die Krise der Demokratie hängt also eng mit den Krisen der kapitalistischen Wirtschaftsweise zusammen. Sie muss aber scharf von den Krisen des Kapitalismus unterschieden werden.

Diese Unterscheidung wird in knapp zwei Dritteln der Fragebögen, in allen, die auf wirtschaftliche Zusammenhänge eingehen, mehr oder weniger deutlich getroffen.

Wenn man das Ganze vorsichtig formuliert, ist **das Ziel von Demokratie die Einhegung von Macht.**

Und wenn man dieses Ziel in den Vordergrund rückt, stellen sich drei Fragen:

1. Ist es möglich, den Willen und die Bestrebungen der Bürgerinnen und Bürger in politisches Handeln umzusetzen?
2. Wie muss dieser Prozess aussehen, damit eine angemessene Erörterung der Probleme dort, wo die Erörterung hingehört, in den Parlamenten, wieder stattfindet, die dann zu klaren Schlussfolgerungen in einer klaren Gesetzgebung führt?
3. Was können wir, die Bevölkerung, das so genannte Wahlvolk, tun? Wie können wir uns vor der Entscheidungsfindung Gehör verschaffen, wenn die Wahlen nicht mehr als Mittel zur Ablösung derer dienen, welche die Macht im Lande haben. Jene sind offenbar gar nicht wählbar oder abwählbar, sie stehen außerhalb der Regierungen, die sie beeinflussen.

Ca. ein Viertel der Antwortenden weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass wir als großen Schutz ja noch unsere Verfassung haben, die sich aus zwei unterschiedlichen Elementen zusammensetzt: die Demokratische Grundordnung und der Rechtsstaat, also die unterschiedslose Unterwerfung aller Bürger unter das Gesetz.

Wenn es aber keine Gesetze mehr gibt, welche die offenbaren Probleme in den Griff bekommen könnten, weil es niemanden mehr gibt, der solche Gesetze erlässt oder der auf die Einhaltung bestehender Gesetze achtet, dann hilft die Berufung auf den Rechtsstaat wenig. Diesen sehr problematischen Schluss ziehen etwa 10% der Antworten.

Beschrieben werden folgende Beobachtungen:

Beschlüsse von lebenswichtiger Bedeutung werden heute nicht mehr in den Parlamenten getroffen. Es entscheiden internationale Organisationen, die sich keiner Wahl stellen müssen, multinationale Unternehmen und internationale Kapitalflüsse.

Solche Entscheidungen, die jenseits des demokratischen Prozesses getroffen werden, lassen die Demokratie heute ohnmächtig erscheinen. Jedoch: Strukturen, die Menschen geschaffen haben, sollten auch von Menschen wieder geändert werden können – aber wahrscheinlich nicht gewaltlos und da sitzen wir womöglich in der Falle; dieser Zusammenhang färbt eine deutliche Mehrzahl der Antworten auf die Frage nach einer politischen Vision in eher dunkle Töne.

Worin liegen trotz aller Probleme noch immer die Stärken der Demokratie?

Die Mehrzahl aller Antworten beschreibt eine der großen Stärken, die es zu erhalten gilt: die Demokratie macht es möglich, dass ethnisch, religiös oder politisch unterschiedliche Menschen miteinander leben können.

Als Gefahr wird hierbei gesehen: der Populismus, der genau das zerstören könnte; ebenso zerstörerisch kann ethnischer Regionalismus wirken.

4. Was kennzeichnet eine demokratische Entscheidung?

Zu dieser Frage gibt es sehr viele weit gefächerte Antworten (siehe weiter unten S 7). Hier seien nur die wichtigsten Merkmale aufgeführt: Transparenz, sachliche Informiertheit, Mehrheitsentscheid nach geduldiger Diskussion, der auch Belange von Minderheiten mit einbezieht.

5. Was müsste sich sofort ändern? Was können wir tun?

Dass sich vieles sofort ändern müsste, darin sind sich mehr als drei Viertel der Antwortenden einig.

Jedoch nur einige wenige Antworten machen einen wichtigen Zusammenhang deutlich: Je mehr wir alle unserer sogenannten Politikverdrossenheit frönen, umso mehr verzichten wir heute auf eine informierte, ständige und dauerhafte Kontrolle der Verwaltung der öffentlichen Dinge. Die Klage allein, dass nicht richtig oder nicht in unserem Sinne verwaltet wird, kann nicht genügen. Gründliche Information und dadurch deutliche und stichhaltige Anklage wären besser. Und insgesamt wäre es nötig, dass wir uns auf unsere immer noch bestehende staatsbürgerliche Pflicht besinnen, den Mund aufzumachen und uns zu äußern. Wirkliche Demokraten machen denen, welche die Macht zur Entscheidung in Händen halten, auch denen, die im Hintergrund wirken, das Leben schwer.

6. Gibt es eine politische Vision?

Wie eingangs schon beschrieben, wird diese Frage von denjenigen, die sich schon jetzt gesellschaftlich/sozial engagieren, durchgängig positiv beantwortet. Alle, die sich selbst keinerlei Einflussmöglichkeiten zuschreiben, sehen eher in eine düstere Zukunft oder beschreiben Wunschvorstellungen, zu deren Erreichen kein Weg und keine eigene Beteiligungsmöglichkeit gesehen werden.

Die Antworten im Einzelnen

Es folgen zur Veranschaulichung der breit gefächerten Antworten in den Fragebögen zu jeder der 6 Fragen Zusammenfassungen der aussagekräftigsten Bemerkungen und einige Antworten im Zitat.

1. Krise ja oder nein?

1. Krise: nein

Etwa ein Drittel aller Antworten formulieren diverse Schuldzuschreibungen für beobachtbare undemokratische Zustände; eine Krise der Demokratie wird (noch) nicht gesehen:

- Jüngere Generation: kämpft nicht, setzt sich nicht ein, ist politisch desinteressiert (bevor Fridays for Future gestartet ist)
- Abschottung von Ausländern, ebenso Roma
- Rechts-Populismus oder auch Links-Populismus
- großer Einfluss der Lobbyisten, welche die Politik bestimmen

- Individualismus, Eigeninteresse steht über Interesse für Gesellschaft
- In anderen Ländern Krise: Polen, Ungarn, Italien, Türkei, Brasilien, usw. bedrohen Pressefreiheit, verhöhnen ganze Bevölkerungsgruppen. Populismus, Nationalismus in vielen Teilen der Welt
- Die Medien: Abhängigkeit der modernen Medien von Klicks, deshalb skandalisierte, verkürzte Nachrichten

2. Krise: Ja

Etwa 10% der hier mit ja Antwortenden machen grundsätzlich die Natur des Menschen verantwortlich für die Probleme, die jedes demokratische Gemeinwesen in Krisen führen: „Demokratie ist generell keine gute Staatsform. Die Menschen sind zu kurzfristig und zu egoistisch (teilweise auch zu blöd) als dass Demokratie immer gut funktionieren würde. Problem: Alle anderen Staatsformen sind noch schlechter. Krise? Ja, aber nicht aktuell, sondern schon immer.“

Als **Zeichen für eine Krise** werden am häufigsten benannt:

- Die großen Parteien sagen was die Wähler vermeintlich hören wollen, statt klar Position zu beziehen. Das ist einer der Gründe, warum Leute nicht wählen
- Es gibt kaum noch echte inhaltliche Unterschiede zwischen den Parteien
- Wir haben eine „Aufregungskultur“ statt einer „Ausprobierkultur“
- Es geht zu oft um Schuldzuweisungen und zu selten um Lösungen
- Die Asylsuchenden spalten das Land
- Erstarken der AfD
- geltendes Recht wird stillschweigend von den politisch Verantwortlichen ignoriert, die Rechtsstaatlichkeit wird ausgehöhlt (Diesel-Abgasgrenzwerte)
- der (Neo)Liberalismus hat alle moralischen Wertungen dem globalen Markt untergeordnet, die „Verlierer“ in diesem System werden nicht beachtet, Demokratie ist damit ausgehebelt, denn ihr Bezug zum Gemeinwohl fehlt
- in allen gesellschaftlichen Bereichen: Tendenzen zu totaler Kommerzialisierung, die die Menschen nur als Konsumenten betrachtet
- den Politikern und Parteien geht es mehr um Macht als um ihre demokratischen Aufgaben
- Menschen sind demokratiemüde wegen ständiger Fehlentscheidungen der Regierung: Autobahn, Maut, Flughafen, Stromtrassen
- Positionen werden emotional überhöht, das führt zu Extremismus. Es kann kein sinnvoller Dialog mehr stattfinden.
- Demokratie schwindet durch Macht der Konzerne, Korruption zwischen Politik und Wirtschaft und die zunehmende Spaltung von Oben und Unten
- Ökonomisierungstendenzen sind eine große Gefahr, es wäre besser, wenn alles was das Gemeinwohl betrifft (Bildung, Telekommunikation, Gesundheitswesen, öffentlicher Verkehr, Energieversorgung, usw. dem Staate gehören würde
- Gewinnmaximierung auf allen Ebenen, wir haben keine Demokratie sondern eine Kleptokratie
- Alternative Wirtschaftssysteme, jenseits von Gewinnmaximierung und Wirtschaftswachstum fehlen
- Parlamentarische Debatten sind stillgelegt: Postpolitischer Zustand, die Entscheidungen werden woanders getroffen

- Der Bürgerwille wird immer weniger repräsentiert. Gesetze werden nach Vorgaben von Lobbyisten beschlossen: Waffenlieferungen, Glyphosat, Mindestlohn, Hartz4-Sanktionen, Aufrüstung, Dieselskandal, Wohnungsgipfel, Kohlestopp und Klimaziele, Probleme werden nur im Sinne der Interessen der Wirtschaft entschieden, gleichzeitig erstarkt die Rechte immer mehr.
- Menschen vereinzeln immer mehr
- Breiter öffentlicher Diskurs fehlt
- Manipulation durch Meinungsmache der neuen Medien

Eine besonders drastische Beschreibung der Krise: „Krise besteht, der Wähler wird für dumm verkauft, regelrecht verarscht, merkt das aber nur, wenn er sich informiert. Es haben jedoch immer mehr Leute in unserem Land aufgegeben, dran zu bleiben.“

2. Worin liegt das Ziel einer Demokratie?

Punkt 1. Hat den „Ist-Zustand“ beschrieben. Im Unterschied dazu sollte eine Demokratie gekennzeichnet sein durch folgende Kriterien:

- Einbezug von Bürgern in alle gesellschaftlichen Bereiche und eine gemeinsame Verantwortungsübernahme
- Einbindung aller Staatsbürger zum gemeinsamen Wohl wie auch dem Wohl des Einzelnen
- Gleiches Recht für alle in der Demokratie lebenden Personen
- den für alle Beteiligten erträglichen Kompromiss finden
- Akzeptanz von Mehrheitsentscheidungen, Wahrung der Rechte von Minderheiten
- Die Verwirklichung und Wahrung der obersten verfassungsrechtlichen Ziele, d.h.: der Würde, der Freiheit und der (Chancen)Gleichheit der Menschen
- Etablieren und Erhalten eines stabilen, prosperierenden Staatswesens auf dem Boden eines Grundgesetzes, das einen hohen Grad von Mitbestimmung ermöglicht. Entscheidungen entstehen dabei nach einem intensiven Diskussionsprozess, der alle relevanten Aspekte beleuchtet hat, durch Mehrheitsbeschluss und sind **reversibel**.
- Menschen müssen sich wertgeschätzt fühlen.
- Repräsentation des Wählerwillens, aber auch seine Mäßigung. Insgesamt sollte ein Staat den Schutz und die Versorgung der Bevölkerung bestmöglich gewährleisten, inklusive Gesundheitswesen, Bildung, etc. Durch eine Koppelung der Staatsführung an ein demokratisches System sollte diese einer regelmäßigen Qualitätskontrolle unterliegen.
- Soziale Redistribution des gesellschaftlich produzierten Reichtums als Grundbedingung für die Chance auf gleiche Teilnahme, Rechte und Pflichten aller Bürgerinnen.

3. Was kennzeichnet eine demokratische Entscheidung?

- Transparenz der Entscheidungsprozesse

- Umfassende Information, die nicht bereits durch ihre Darstellung ein Ergebnis präjudizieren will. Streitbare Diskussion ohne persönliche Schmähungen, die in eine Mehrheitsentscheidung mündet. Langwierige Prozesse müssen in Kauf genommen werden
- Ausgewogenheit aller Interessenlagen wird angestrebt
- Legitimation durch bestehende Gesetze
- Basiert auf wissenschaftlichen Erkenntnissen und Mehrheiten
- Öffentliche Debatte, unterschiedliche Standpunkte werden berücksichtigt, Abstimmung auf dem vom Grundgesetz vorgesehenen Weg
- Unzensurierte Information als Grundlage
- Alle Interessengruppen müssen die faire Chance haben, ihre Interessen sachgerecht darzulegen, bevor das zur Entscheidung berufene Gremium (Parlament) entscheidet. Das Entscheidungsergebnis muss in einer repräsentativen Demokratie nicht notwendigerweise immer der Mehrheitsmeinung der Bevölkerung (sofern diese überhaupt feststellbar ist) entsprechen.

4. Was müsste sich ändern, was können wir selbst tun?

4.1 Viele Antworten liefern sehr konkrete Vorschläge zur Frage, was sich ändern muss:

- Einsatz von unabhängigen Experten zur Beratung der Politiker
- Die Regeln für demokratische Entscheidungen müssen wieder eingehalten werden und das muss ständig kontrolliert werden
- Politik ist der Wirtschaft hörig: damit Vertrauen in die politische Elite wieder zurückkehrt, müssen alle Gesetze eingehalten werden. Es muss sofort sanktioniert werden, wenn Betrug oder Korruption geschieht. Es muss Konsequenzen geben.
- Steuerfahndung personell erhöhen; sofortige Offenlegung aller Einkünfte von Führungspersonen; dadurch gewonnene Steuereinkünfte einsetzen in Bildung, Schulen, Wohnungsbau
- Auch wenn es schwer ist: Wirtschaft reglementieren
- Bescheidener leben, weltweite Anpassung aller Lebensbereiche an Ressourcen
- Die Macht der 5 großen Internetkonzerne zerschlagen, weil sie zu viele Daten sammeln
- Die EU entbürokratisieren bis Großbritannien freiwillig wieder dazugehören will
- Die Politik müsste sich sofort für die Realisierung der Klimaziele einsetzen
- Breiteres Berufsspektrum bei den Abgeordneten, weniger Fraktionszwang
- Die Abgeordneten müssen die Zeit haben, sich ausführlich darüber zu informieren, worüber sie abstimmen
- Regierung sollte entschlossener Digitalisierung in der Bildung und der Verwaltung angehen
- Auflösung der Großen Koalition
- Wahlgesetz so verändern, dass der Bundestag sich verkleinern muss
- Übergang der Parlamentarier in die Wirtschaft für 18 Monate sperren
- Lobbyregister: transparent machen WER die Gesetzesvorlagen formuliert.
- Veröffentlichung von Nebeneinkünften der Parlamentarier
- Bei politischen Entscheidungen: „Nutzung von Daten und Fakten statt Ideologien.“

4.2 Der Weg dahin, wie es zu diesen Änderungen kommen kann, bleibt unklar. Zwischen dem, was sich ändern müsste und den Einflussmöglichkeiten, die man für sich selbst sieht, klafft eine beachtliche Lücke.

Die Ideen zu einem eigenen Engagement jedes Einzelnen sind sehr persönlich gehalten; einige werden hier, stellvertretend für jeweils viele, die eine ähnliche Aussage haben, wörtlich zitiert:

„Es fehlt uns an Mut.“

„Wir brauchen Neue Parteien, eine neue Politikergeneration; jeder muss seine Meinung äußern, sich engagieren, kandidieren, wählen gehen.“

„Ich selbst kann nur versuchen, mir meinen kritischen Geist zu bewahren und dort Widerstand zu leisten, wo es geht.“

„Rechtsruck in der Politik bekämpfen durch Aufklärung in fairen Gesprächen, dafür ist Zusammenarbeit nötig. Mit Freunden, Großeltern und anderen über Themen reden und deren Perspektive verstehen, ihnen meine Sicht zeigen. Bildung und Austausch mit meinen Mitmenschen.“

„Man kann viel selbst tun: Partei mit rechtsstaatlichen Grundsätzen beitreten; zivilgesellschaftliche Organisationen unterstützen (finanziell und ehrenamtlich), Petitionen initiieren/unterzeichnen; überall eintreten für Demokratie und Rechtsstaat.“

„Im Internet Fake News u.Ä. unterbinden, u.a. dadurch, dass jede Information/Kommentar namentlich gekennzeichnet werden muss. Wie auch bei jedem Flyer muss ein verantwortlicher Name darauf stehen.“

„Lobbyisten dürften keinen Zutritt zu den Abgeordnetengebäuden haben(...). Die Fachkompetenz in den Ministerien muss so gestärkt und abgerufen werden, dass dort auch aufgeweckte zukunftsorientierte junge Menschen kreativ arbeiten wollen. Im kleinen Rahmen kann ich diese Situation auch im privaten und beruflichen Umfeld schaffen.“

„Um die Welt zum Besseren zu verändern muss man sich selbst verändern können. Daran zu arbeiten lohnt sich immer.“

„Mehr öffentliche Diskussionen – angstfrei – unter ‘Anleitung’ von Intellektuellen, Künstlern, Querdenkern. Und keine Angst vor Veränderungen! Über den europäischen Tellerrand schauen, beginnende gerechte ökonomische Umverteilung zwischen Europa und Afrika, eigenes Kaufverhalten prüfen, keinen Pessimismus zulassen – auch wenn es schwerfällt!“

„Politische Teilhabe: Wahlprogramme prüfen, Anfragen an Politiker und Behörden, sich informieren, Meinung äußern, ehrenamtlich engagieren.“

„Eigenes Engagement braucht langen Atem.“

„Auf Missstände immer wieder hinweisen.“

„Grundsätzliches Hinterfragen der kapitalistischen Wirtschaftsform (Neoliberalismus), entsprechend wählen, Petitionen unterstützen, engagieren.“

„Unbedingt hier und jetzt persönliches Konsumverhalten in Bezug auf Ökosystem überdenken.“

„Hoffen und beten.“

„Ins Ausland auswandern“

„Die Sorge um die Umwelt steht immer zurück hinter wirtschaftlichen Interessen. Hier besonders der überbordende Verkehr. Der Privatverkehr müsste zu Gunsten eines verbesserten öffentlichen Verkehrssystems aus den Städten verbannt werden. Ich habe mein Auto verkauft.“

„Alle Versuche, die ich im Laufe meines Lebens unternommen habe, sind an der Engstirnigkeit der Eliten gescheitert.“

5. Politische Vision

Auch die Antworten auf die Frage nach einer politischen Vision sind sehr persönlich formuliert, so dass nur eine wörtliche Wiedergabe einiger Ideen, die auch hier wieder für viele ähnliche stehen, die Ideen im rechten Licht erscheinen lassen kann:

5.1 neutrale und eher positive Vorstellungen

„Eine Aristokratie der Befähigten unter demokratischer Kontrolle“

„Föderalismusreform in Deutschland: weniger Bundesländer, mehr politische Einigung in Europa: Mehrheitsbeschlüsse im Europaparlament und eine europäische Verfassung. Entwicklung zu einem Staatenbund gleicher Grundwerte mit zentralen Kompetenzen.“

„Mehr Respekt vor Leistung und Freiheiten von Einzelnen, Bemühen um die Durchsetzung einer gemeinsamen, am Grundgesetz orientierten Leitkultur, weniger 'publikumsorientierte' Floskeln, mehr Verantwortungsübernahme aller fähigen Mitglieder der Gesellschaft.“

„Regierung ist schon ok, muss aber Mittel finden, der wachsenden Ungleichheit zu begegnen.“

„Zukunftskonzept entwickeln, das nicht von Ängsten sondern von Elan geprägt ist und von Neugier auf die Zukunft.“

„Positiv: demokratische Vielfalt auf Basis der Prinzipien einer Postwachstumsgesellschaft (setzt weitreichenden Umbau des Bestehenden voraus). Negativ: autoritärer (Schein)Liberalismus.“

„Eine demokratische, humanitäre, auf sozialen Ausgleich bedachte Europäische Union, die Kriege verhindert und Waffenexporte stoppt. Weniger Nationalismus, mehr gemeinschaftliches und respektvolles Miteinander.“

„Nicht für unseren Staat, sondern global: Wasser und Essen für alle, kein Krieg mehr.

„Ehrlich gesagt habe ich keine Vorstellung was wird. Und wenn ich auf die Geschichte blicke, sind wir am Rand einer wie auch immer gearteten Umwälzung.“

„Wir Bürger werden erwachsener und kritischer; es wird wieder eine außerparlamentarische Opposition geben; die Rechten haben keinen Erfolg; unsere Freiheiten sind wichtiger. Wir lernen, mit einer komplexen Welt angstfrei umzugehen.“

„Die Welt wird endlich als EIN System begriffen.“

„Mehr Gerechtigkeit, weniger nationales Denken und mehr Menschlichkeit; mehr Zusammenhalt und –arbeit, um sich gegenseitig zu helfen (Rente) und auch anderen, aus Krisen und Kriegen Geflüchteten, zu helfen. Mehr Verantwortungsgefühl: Was lösen die Geschäfte, die wir hier abschließen, in anderen Teilen der Welt aus (Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien führen zur Bewaffnung lokaler Milizen im Jemen)“

„Soziale Gerechtigkeit. Abschaffung des kapitalistischen Systems.“

„Ich wünsche mir ein Parlament, in dem um jede Entscheidung gerungen wird. Die derzeitige Praxis besteht darin, dass einige Parteispitzenmitglieder einen Koalitionsvertrag aushandeln und die Abgeordneten die daraus resultierenden Gesetze nur noch abnicken.“

„Im Moment ist es nicht so einfach, optimistisch zu sein. Ich hoffe, dass eine politisch gut informierte, aufgeklärte Jugend die unwissenden, feigen, bornierten, satten, selbstzufriedenen Erwachsenen ablöst.“ (Alter der Antwortenden: 71-80 Jahre)

„Wir hören auf, einander umzubringen.“

5.2 Eher negative Vorstellungen

„Schlimmer und schlimmer mit jedem Jahr“

„Was kann ich denn schon tun, wenn mein Anliegen nicht ernst genommen wird.“ Ganz besonders „behinderte“ Menschen können nicht 100% an der Demokratie teilhaben; sie werden behindert!“

„Wenn wir die sich vergrößernde soziale Ungerechtigkeit und den Trend von Sachinformationen hin zu `gefühlten Wahrheiten` nicht in den Griff bekommen, sehe ich unsere Zukunft recht düster.“

„Ändern müsste sich so ziemlich alles so schnell wie möglich. Außer sich zu üben in der Rolle des einsamen Rufers in der Wüste, gibt es keine Möglichkeiten.“

„Pessimistisch. Die Umwelt geht schneller zugrunde als gedacht. Mögen Straßen autofrei werden und Gras durch den Asphalt wachsen. Ich bezweifle, dass wir in heutiger `gesunder` Form das Ende des 21. Jahrhunderts friedlich überhaupt erreichen.“

„Die Politik wird auf Geheiß der global vernetzten Wirtschaft die Lebensumstände der Bürger an die Erfordernisse der Wirtschaft anpassen (siehe derzeit China).“

Ausblick

Das Spektrum der Antworten auf die Frage nach einer politischen Vision reicht von solchen wie:

„Ich sehe Aufgaben aber keine Lösungsmöglichkeiten“

bis zu:

„die Bundesrepublik als Bundesstaat einer demokratisch regierten EU, die sich in der Welt behauptet und deren Ziel es ist, friedliche Beziehungen zu den Staaten der Welt zu erhalten.“ Auch dort, wo die Frage nach dem Vorhandensein einer Krise der Demokratie verneint worden ist, sind viele Missstände benannt worden.

Auffällig - und vielleicht bezeichnend für unseren, von einigen so bezeichneten postpolitischen Zustand - ist, dass nur wenige wirklich optimistische Antworten auf die Frage nach einer persönlichen Einflussmöglichkeit, hingegen aber erstaunlich vielfältige positive Formulierung einer politischen Vision gegeben werden.

Wie aber sollen optimistische Visionen mehr als eine utopische Wunschvorstellung werden, wenn zwischen hier und dort kein Weg gesehen wird?

Diese Frage ist möglicherweise das wichtigste Ergebnis unserer Fragebogenaktion. Für die Zeit nach dem Ende der Feierlichkeiten zum hundertjährigen Bestehen der Hamburger Universität könnte es eine lohnende Aufgabe sein, auf der Basis der Antworten auf unsere Fragebögen auf den heute beinahe utopisch erscheinenden Zustand hinarbeiten, dass auch in weiteren 100 Jahren noch demokratisch herbeigeführte Entscheidungen möglich sind in einer Welt, die sich aus den Klauen eines auf den Ruin des Ganzen hinauslaufenden Wirtschaftssystems befreien konnte.

Und die Frage, die sich gestellt hat, wie ist das mit dem Weg, den keiner sieht, wie könnte an dieser Frage gearbeitet werden?

Wenn wir nicht wissen, was wir tun können, heißt das noch nicht, dass wir nichts tun können.

Für alle, die unsere Fragebögen beantwortet haben, war es – sofern sie nicht schon in Gruppen engagiert waren, kaum vorstellbar, einen Punkt zum Handeln zu finden, sie waren häufig pessimistisch in der Frage nach dem eigenen Einfluss aber durchaus einfallsreich im Blick auf eher positive Visionen.

Dabei ist deutlich geworden: alleine geht nicht viel aber, verzeihen Sie den abgegriffenen Spruch: `Gemeinsam sind wir stark`. Gründen wir Initiativen, Arbeitsgruppen, Vereine und neue Einrichtungen, solange solche Initiativen möglich sind; solange wir hier noch durch demokratische Gesetze gesichert sind.

Einfallsreichtum ist gefragt, Herausgehen aus festgefahrenen Strukturen und Meinungen. Auf jedem Weg, auch wenn man das Ziel noch gar nicht beschreiben kann, sammelt man bekanntlich Erfahrungen.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen einen beherzten Aufbruch; auf dass sich andere in 100 Jahren in neuen Feierlichkeiten über die Bewahrung der Demokratie und das 200-jährige Bestehen der Hamburger Universität freuen können.

Hamburg, den 23. September 2019 Dr. Renate Günther

Anhang
Fragebogen